

Bundeskontaktstelle Braunkohle des Netzwerkes GRÜNE LIGA

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

5. September 2024

- 1. Nach der Wahl ist hoffentlich vor der Sachpolitik
- 2. Was haben Thyssen-Krupp, Royal Mail und LEAG gemeinsam?
- 3. Nachgeprüft: Das Mysterium der leeren Stühle im Kraftwerk Jänschwalde
- 4. Tagebau Jänschwalde: Die Bagger sind weg der Dreck ist geblieben
- 5. Vorankündigung: Protest im bedrohten Wald am 6. Oktober
- 6. Wasser-Ausstellung ab Freitag in Schleife

1. Nach der Wahl ist hoffentlich vor der Sachpolitik

Die künftigen Landesregierungen in Sachsen und Brandenburg müssen erwachsen werden und aufhören zu glauben, das alles die AfD stärkt, was nicht nach dem Willen der LEAG läuft. Nur dann können sie Politik im Sinne des Allgemeinwohls machen.

Es waren bundespolitische Themen, die das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in den sächsischen Landtag durchstarten ließen und auch CDU und AfD profitierten von der derzeitigen Wahrnehmung der "Ampel" in Berlin. Öffentlich müssen vor allem die Grünen als Feindbild herhalten, meist verkörpert durch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Am konsequentesten durchgefallen ist allerdings die FDP, die mit 0,9 Prozent unter den "Sonstigen" verschwindet, nur ganz knapp vor der Satiretruppe "Die Partei". Alle drei Wahlsieger lehnen in ihren Wahlprogrammen ein Vorziehen des Kohleausstieges ab. Aber um weiteren Kohleabbau dürfte es nur sehr wenigen Wähler*innen gegangen sein.

Bleiben wir kurz bei Robert Habeck: Es ist nicht verwunderlich, dass sich Lobbyisten bundesweit mehr öffentlich finanzierte Gaskraftwerke wünschen, als für die Energieversorgung wirklich nötig ist. Wenn konkret die LEAG aus jedem jetzigen Braunkohle- ein Gaskraftwerk machen will, ist Vorsicht geboten. Da die Leistung vor allem in Südwestdeutschland zugebaut werden muss, wäre es schon ziemlich erklärungsbedürftig wenn alle vier LEAG-Standorte in Ostdeutschland den Zuschlag für so ein Kraftwerk bekommen. Die vernünftige Ausrichtung am Bedarf wird denn auch von Gewerkschaftsvertretern schon mal präventiv als "Benachteiligung ostdeutscher Standorte" beschimpft. Kritik am Habeck-Ministerium ist zu einem populistischen Ritual geworden, mit dem oft ganz konkrete Lobbyinteressen verfolgt werden.

Aber unbestritten ist, dass der Kohleausstieg den Zubau einiger flexibler ("wasserstoff-fähiger") Gaskraftwerke in Deutschland erfordert. Wenn sich nicht mal bei der wirklich nötigen Kapazität an den wirklich sinnvollen Standorten etwas bewegt, kann niemand zufrieden sein. Solche Umsetzungsschwierigkeiten zu längst vereinbarten Schritten hat die aktuelle Bundesregierung auf verschiedensten Gebieten und gibt damit tatsächlich ein desaströses Bild ab.

In der Wahlberichterstattung durften auch alte Märchen wieder nicht fehlen. Die AfD sei besonders stark in den Grenzregionen, Abwanderungsregionen und Braunkohleregionen, wusste der ARD-Wahlexperte am späten Sonntagabend zu verkünden. Nun ist der sächsische Teil des Lausitzer Reviers gleichzeitig eine Grenzregion, die dreißig Jahre lang (trotz massiver Kohleverstromung) von Abwanderung geprägt war. Wie die Journalisten wenige Stunden nach der ersten Prognose diese

Umweltgruppe Cottbus e.V.	Internet	Telefon	Spendenkonto
Projektbüro:	www.kein-tagebau.de		GLS Bank
Straße der Jugend 33	E-Mail	+49 (0151) 14420487	BIC: GENODEM1GLS
D-03050 Cottbus	umweltgruppe@kein-tagebau.de		IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

Faktoren von der Braunkohle trennen und damit deren Bedeutung für das Wahlergebnis nachgewiesen haben wollen, bleibt vermutlich ihr Geheimnis. Ein räumlicher Zusammenhang der höchsten AfD-Ergebnisse mit Braunkohle-Arbeitsplätzen lässt sich auch diesmal nicht nachweisen. Weil wir das schon nach der Europawahl ausführlich dargelegt haben, können wir diesmal darauf verzichten.

Mögen die Kohlefreunde noch so laut tönen, in der Fläche hängen die AfD-Wählenden eher an Gasheizung und Dieselauto, haben keine Lust auf Kulturkämpfe um Gendersternchen, fürchten in einen Krieg hineingezogen zu werden und wollen vor allem die Zuwanderung begrenzen. Alles das mit realem Hintergrund, aber gleichzeitig irrational überhöht. Ein rechtes Weltbild wird von Umfragen etwa einem Viertel dieser Menschen bescheinigt.

Die künftigen Landesregierungen in Sachsen und Brandenburg müssen erwachsen werden und aufhören zu glauben, das alles die AfD stärkt, was nicht nach dem Willen der LEAG läuft. Nur dann können sie Politik im Sinne des Allgemeinwohls machen. Dazu gehört es, die LEAG nicht als Bürgerbewegung zu verklären, sondern als das zu sehen und darzustellen, was sie ist: Teil des Firmenimperiums des Oligarchen Daniel Křetínsky, dessen Name in Lausitzer Medien bisher auffallend selten fällt. Würde in der Lausitz überhaupt erst einmal angefangen, auch öffentlich über Křetínsky Strategie zu diskutieren, würde selbst der AfD die ihr unterstellte Nibelungentreue zum Kohlekonzern sehr viel schwerer fallen.

2. Was haben Thyssen-Krupp, Royal Mail und LEAG gemeinsam?

Klar, den Oligarchen Daniel Křetínsky als Investor. Seit wir 2023 einen tschechischen <u>Bericht über sein Imperium auf deutsch</u> veröffentlichten, gibt es einige neue Entwicklungen:

Ende August traten bei ThyssenKrupp Steel aus Protest gegen die Personalpolitik des Konzernchefs mehrere Aufsichtsratsmitglieder zurück, darunter auch Aufsichtsratschef Sigmar Gabriel. "Konzernchef Lopez möchte seine Stahltochter außerdem in die Selbständigkeit entlassen, um Risiken für den Mutterkonzern zu minimieren." schreibt die <u>Tagesschau vom 29. August</u> und zitiert einen Betriebsrat mit den Worten "Dieser Mensch ist beauftragt worden, uns in die Insolvenz zu treiben und uns loszuwerden aus dem Konzern."

Von wem Lopez beauftragt sein könnte, wird dabei nicht erwähnt. Doch Daniel Křetínsky übernimmt ab Ende September schrittweise die Hälfte der Unternehmensanteile. Risiken für den Mutterkonzern zu minimieren ist eine seiner Spezialitäten, weshalb er eine Haftung (Patronatserklärung) für die Lausitzer Kohlesparte von Anfang an verweigerte. Und wie bei der LEAG winken auch bei ThyssenKrupp staatliche Gelder: von 2 Milliarden Euro schreibt die Tagesschau vom 26. April 2024. Ironie der Geschichte: Der jetzt zerknirscht zurückgetretene Sigmar Gabriel hatte 2016 als Bundesminister für Wirtschaft und Energie noch mitgeholfen, den roten Teppich für Křetínskys Einstieg bei der Lausitzer Kohle auszurollen.

Zu Geschäften mit einer Gaspipeline in Tschechen steht wiederum Blesk (dt. "Blitz"), eine Boulevardzeitung aus Křetínskys Imperium, in der Kritik. Ein tschechischer Journalist dazu ebenfalls <u>auf tagesschau.de</u>: "Hier sind viele Medien im Besitz verschiedener Milliardäre, aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass einer von ihnen seine Zeitung so für sein Geschäft missbraucht hätte".

In Großbritannien will EPH nun den Postdienst Royal Mail übernehmen. Die Behörden unterziehen Křetínskys Imperium wegen seiner Beziehungen zur russischen Gazprom gerade einer Überprüfung, wie das Portal intellinews im August berichte. Bei der Übernahme der Lausitzer Kohle 2016 scheint es in Deutschland vergleichbare Überprüfungen nicht gegeben zu haben.

3. Das Mysterium der leeren Stühle im Kraftwerk Jänschwalde



Seit April 2024 sind die Blöcke E und F des Kraftwerkes außer Betrieb. Wohlgemerkt nicht aufgrund des Kohleausstiegsgesetzes von 2020, sondern aufgrund eines schon 2015 zwischen Bundesregierung und Konzern geschlossenen Deals, dessen Regeln damals die Gewerkschaft IGBCE vorgeschlagen hatte. In der Rückschau ist es hochspannend, wie sich die Zahl der angeblich davon betroffenen Arbeitsplätze entwickelt hat:

Zunächst musste die Abschaltung von Kraftwerksblöcken natürlich als etwas ganz schlimmes dastehen. Trotz seiner guten

Beziehungen zur IGBCE und obwohl betriebsbedingte Kündigungen schon damals vom Unternehmen ausgeschlossen wurden, ätzte der Pro Lausitzer Braunkohle e.V. in seiner Pressemitteilung vom 2. November 2015: "Dieser staatliche Eingriff in eine gesunde wirtschaftliche Einheit samt Provokation des sozialen Blackouts einer ganzen Region ist beispiellos."

Als die Abschaltung des ersten Blockes dann eintrat, schrieb die LEAG: "Unternehmensweit werden durch die Sicherheitsbereitschaft etwa 600 Stellen in den nächsten Jahren nicht mehr neu besetzt." (LEAG-Pressemitteilung vom 30.09.2018) 600 leere Stühlen vor der Cottbuser Stadthalle sorgten für die entsprechende Betroffenheit. (Foto: Helbig)

2022 wurden die zwei Kraftwerke unerwartet für zwei Jahre reaktiviert, doch von 600 Leuten war nun keine Rede mehr: "Für den Betrieb der Blöcke E und F benötigt das Unternehmen etwa 200 zusätzliche Mitarbeiter." schrieb die Sächsische Zeitung vom 29.07.2022 und kann die Zahl ja nur vom Unternehmen bekommen haben. Zu diesem Zeitpunkt beklagte der regionale Mittelstand längst die Abwerbung knapper Arbeitskräfte.

Als die Blöcke dann zum Ende März 2024 endgültig stillgelegt wurden, schrieb das Unternehmen von "den rund 110 Beschäftigten, die während der vergangenen Monate ausschließlich für den Betrieb beider Blöcke im Einsatz waren". Von ihnen "geht der überwiegende Teil der Beschäftigten in die reguläre Rente oder besetzt künftig Stellen, die durch Rentenabgänge frei werden." (LEAG-Pressemitteilung vom 30.03.2024)

Falls diese Zahlen für Sie widersprüchlich erscheinen, sind sie nicht allein. Der dramatische Strukturbruch, den Heerscharen von Journalist*innen und Politiker*innen nachgebetet hatten, ist offenbar einfach ausgefallen.

4. Tagebau Jänschwalde: Die Bagger sind weg – der Dreck ist geblieben

Über die Belastung der Anwohnenden des Tagebaues Jänschwalde auch nach dem Ende der Kohleförderung durch Staub, Lärm und Grundwasserabsenkung berichtete der rbb am 20.08.2024. Zum Artikel ist anzumerken, dass die letzte Kohle nicht planmäßig Ende 2023 gefördert wurde, sondern im April 2024 – so lange förderte der Tagebau ganz ohne zugelassenen Betriebsplan einfach weiter. Zudem gibt es Anzeichen für eine Neuauslegung des Abschlussbetriebsplan-Antrages. Eine Zulassung bis Ende 2024 erscheint daher extrem unwahrscheinlich.

5. Vorankündigung: Protest im bedrohten Wald am 6. Oktober

Am Sonntag, dem 6. Oktober um 14 Uhr wird es im bedrohten Wald bei Rohne eine symbolische Protestaktion gegen die geplante Enteignung geben, zu der wir schon jetzt herzlich einladen. Begleitet wird das Geschehen unter anderem vom Liedermacher Gustav. Wie gewohnt geht es ab 13:30 Uhr gemeinsam vom Bahnhaltepunkt Scheife zum Veranstaltungsort.

Umweltgruppe Cottbus e.V.	Internet	Telefon	Spendenkonto
Projektbüro:	www.kein-tagebau.de		GLS Bank
Straße der Jugend 33	E-Mail	+49 (0151) 14420487	BIC: GENODEM1GLS
D-03050 Cottbus	umweltgruppe@kein-tagebau.de		IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

6. Wasser-Ausstellung ab Freitag in Schleife

Die Evangelische Kirchengemeinde Schleife lädt zur Eröffnung der Ausstellung "Alles im Fluss!? - Wasser in der Krise" am Freitag, den 6. September 2024, um 17.00 Uhr in die Evangelische Kirche in Schleife ein.

Zur Eröffnung ist Grit Ebert anwesend. Sie ist Autorin der Ausstellung und Bildungsreferentin bei Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen. Sie gibt Einblicke in die Entwicklung des Wassers im Zuge der Klimakrise in Sachsen allgemein und konkret für Schleife und sie beleuchtet aktuelle Herausforderungen für Struga und den Halbendorfer See.

Die Ausstellung ist dann bis zum 20.10. täglich von 09.00 Uhr bis 18.00 Uhr in der Schleifer Kirche geöffnet. Auf dreizehn Infotafeln werden anschaulich die Zusammenhänge von Klima- und Wasserkrise sowie des Wirtschaftens und der Verfügbarkeit bzw. der Verschmutzung unseres Wassers dargestellt. Das drastische Wechselspiel aus extremer Trockenheit sowie sintflutartigen Niederschlägen in den letzten Jahren zeigt, dass die Klimakrise auch eine Wasserkrise zur Folge hat.